

Feindsätigkeit in der Zeit vom 1.1. bis 31.12.1958

27. Januar 1959

Information Nr. 6/59 – Bericht über die Feindsätigkeit in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1958

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 1–10 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Walter, Beater, HA V, Ablage, Ziehm.

Der Bericht beschränkt sich auf folgende Arten feindlicher Tätigkeit:

I. Verbreiten von Hetzschriften und Hetzflugblättern feindlicher Zentralen

- a) Verbreitung durch Ballon
- b) Verbreitung auf dem Postwege
- c) Verbreiten durch Personen

II. Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften

III. Anonyme Hetze und Drohungen durch Briefe und telefonische Anrufe

IV. Anmalen von Hetzlosungen und faschistische Schmierereien

V. Offene hetzerische und verleumderische Äußerungen

VI. Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Plakaten u. a.

VII. Tötlichkeiten und Provokationen gegen VP-Angehörige und andere Staats- und Parteifunktionäre

Im Vergleich zu 1957 ist im Jahre 1958, besonders aber im II. Halbjahr, die Feindsätigkeit auf den genannten Gebieten – mit Ausnahme der Verbreitung von Hetzflugblättern und der Begehung von Tötlichkeiten gegen VP-Angehörige und andere Staats- und Parteifunktionäre – angestiegen. Zur besseren Einschätzung ist dabei zu bemerken, dass ein großer Teil der Feindsätigkeit auf die Monate Juli, Oktober und November entfällt, wobei die in Vorbereitung und Durchführung des V. Parteitages¹ und der Volkswahlen² festgestellten Delikte meistens Ursachen für das Ansteigen sind.

I. Verbreiten von Hetzschriften und Hetzflugblättern feindlicher Zentralen³

Im Jahre 1958 wurden insgesamt 7 330 208 Hetzschriften sichergestellt, dies sind 34 % weniger als im Jahre 1957 (11 092 131). Davon wurden 5 656 883 Exemplare durch Ballon und 1 673 325 Exemplare durch die Post eingeschleust.

Die einzelnen Zentralen waren daran wie folgt beteiligt:

NTS⁴/ZOPE:⁵ 30 %

SPD:⁶ 25,5 %

Verschiedene: 15 %

KgU:⁷ 13 %

CDU:⁸ 8 %

Ufj:⁹ 7 %

DGB:¹⁰ 1,5 %

Zu a: Verbreitung durch Ballon

Im Jahre 1958 wurden insgesamt 5 656 883 durch Ballon eingeschleuste Hetzschriften sichergestellt; das ist fast die Hälfte weniger als im Jahre 1957. Im II. Halbjahr 1958 wurden 17 % mehr Hetzschriften als im I. Halbjahr 1958 sichergestellt.

Eine beachtenswerte Veränderung zeigt sich weiter in dem Anteil der einzelnen Agentenorganisationen an der Verbreitung von Flugblättern durch Ballon. Den Hauptanteil aller Hetzschriften trug 1958 erstmalig die NTS/ZOPE mit 45 %. 1957 hatte sie dagegen nur einen Anteil von 19 %, sodass bei dieser Zentrale 1958 die Hetzschriftenverbreitung am meisten angestiegen ist. Anteilmäßig folgen dann das Ostbüro der SPD mit 34 % (1957 – 32 %) und die KgU mit 18 % (1957 – 12 %). Damit hat sich auch bei diesen Zentralen der Anteil leicht vergrößert, was jedoch bei dem allgemeinen Rückgang der Flugblattverbreitung durch Ballon nur relativ zu sehen ist. Der UfJ, das Ostbüro der CDU und das Ostbüro des DGB erreichten zusammen nur 2,5 % (1957 – 12 %), während die Hetzschriften unbekannter und verschiedener Herkunft auf 1,5 % zurückgingen. (1957 – 25 %). Der UfJ und das Ostbüro der CDU konzentrierten sich 1958 genau wie 1957 auf den Hetzschriftenversand durch die Post.

Die meisten Hetzschriften wurden im Bezirk Magdeburg fest- und sichergestellt, dann folgt der Bezirk Erfurt (17 %), während in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Gera, Schwerin und Suhl je Bezirk zwischen 7 bis 10 % aller Flugblätter gefunden wurden. Das *Ostbüro der SPD* konzentrierte sich besonders auf die Bezirke Magdeburg, Schwerin, Karl-Marx-Stadt und Suhl, *NTS/ZOPE* besonders auf die Bezirke Magdeburg, Erfurt und Suhl, KgU hauptsächlich auf den Bezirk Potsdam.

Bei den im II. Halbjahr 1958 durch Ballon eingeschleusten Hetzflugblättern sind die nachfolgend aufgeführten in größeren Mengen angefallen:

- »Freistadt Berlin, heißt KZ auf Termin.« (Hetze gegen SU)
- »Der 16. November« (Hetze gegen MfS und Wahlen)
- »Chruschtschow¹¹ lässt die Maske fallen.« (Hetze gegen SED und die Hinrichtung Nagy¹² und Maleter¹³)
- »Gebot der Stunde – Widerstand.« (Hetze gegen V. Parteitag und Normen)¹⁴
- »Ulbricht¹⁵ zurückgepiffen.« (Hetze gegen Gen. Ulbricht)
- »Die Wunschträume der SED.« (Hetze gegen V. Parteitag und Normen)
- »Im Zeichen der Schwäche.« (Hetze gegen SED – bezüglich Kampf gegen Revisionismus)

Die Hetzschriften der NTS/ZOPE sind zum größten Teil in russischer Schrift abgefasst.

Aus dem Inhalt der eingeschleusten Hetzschriften sind folgende Hauptrichtungen der Hetzpropaganda der Feindzentralen ersichtlich:

1. Gegen den 1. Sekretär des ZK, Gen. Ulbricht, um das Vertrauen unserer Bevölkerung zur Partei zu untergraben und zum anderen die Mitglieder der SED gegen die Parteiführung aufzuhetzen, um die [sic!] Einheit und Geschlossenheit unserer Partei zu schaden.
2. Die Arbeiter gegen reale Normen und die Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages aufzuhetzen.
3. Gegen die Sowjetunion zu hetzen, insbesondere bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands und der Abhängigkeit der DDR von der SU

Zu b: Verbreitung auf dem Postwege

Im Jahre 1958 konnten 1 673 325 auf dem Postwege verschickte Hetzschriften eingezogen werden, das sind ca. 70 000 mehr als im Jahre 1957. Schwerpunkte waren hier Dresden (224 000 Exemplare), Karl-Marx-Stadt (166 000 Exemplare), Potsdam (155 000 Exemplare) und Magdeburg (143 000 Exemplare). Im Vergleich des I. zum II. Quartal 1958 haben sich in der Anzahl der Hetzschriften und in den genannten Schwerpunktbezirken keine Veränderungen ergeben.

Das Ostbüro der CDU konzentrierte sich dabei besonders auf die Bezirke Dresden und Potsdam, das SPD-Ostbüro auf die Bezirke Magdeburg, Schwerin, Karl-Marx-Stadt und Gera.

Auf die einzelnen Feindzentralen entfallen:

- UfJ: 30 %
- CDU-Ostbüro: 29 %
- Verschiedene: 16 %
- SPD-Ostbüro: 13 %
- KgU: 11 %
- DGB: 0,6 %
- NTS/ZOPE: 0,4 %

Bei den durch Post versandten Hetzschriften handelt es sich zum größten Teil um die schon bekannten, regelmäßig erscheinenden »Bezirkszeitungen« und »Monatsausgaben«.¹⁶

Von den wichtigsten auf dem Postwege eingeschleusten Hetzschriften werden anschließend einige Titel der gefälschten Einheit (SPD-Ostbüro)¹⁷ aufgeführt, aus denen bereits die Zielrichtung ersichtlich ist:

- »Rosa Luxemburg,¹⁸ der Leninismus und die SED.«
- »Zurück zu Stalin.«
- »Zum neuen Konflikt Moskau-Belgrad.«¹⁹
- »MTS – ja oder nein.«²⁰
- »Die neue Opposition in der SED.«
- »Der Fall Mielke²¹ – Unternehmen Bülowplatz.«²²
- »Biographie unserer Zeit – Ulbricht.«
- »Sozialdemokratie und Kommunismus.«
- »Das 33. Plenum des ZK der SED – Enthüllung eines Geheimprotokolls.«²³
- »Die Philosophie Ernst Blochs²⁴ und der menschliche Sozialismus.«
- »Ermordet, verbannt, verschwunden.«
- »Kunst und Literatur unter dem totalitären Sowjetregime.«

»Die ständigen Oppositionskämpfe in der KPdSU.«

Zu c: Verbreiten durch Personen

Neben der Einschleusung durch Ballon und Post wurden in der Berichtszeit ca. 452 Fälle bekannt, wo derartige Hetzschriften und Flugblätter (3 216 Stück) durch Personen weiterverbreitet oder ausgelegt wurden. 1957 waren es dagegen 341 Vorkommnisse dieser Art.

Besonders war dies in den Bezirken Berlin, Magdeburg, Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Suhl und Dresden festzustellen. Die Hetzschriften wurden zu 75 % in Straßen, Häusern und Grundstücken und zu 20 % in Betrieben abgelegt.

II. Verteilen selbstgefertigter Hetzschriften

Das Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften ist im Jahre 1958 im Vergleich zu 1957 angestiegen. Es wurden insgesamt 2.966 Exemplare beschlagnahmt, davon allein im Monat November (Volkswahlen) ca. 50 %. Gegenüber dem I. Halbjahr wurde im II. Halbjahr 1958 die vierfache Menge selbstgefertigter Hetzschriften festgestellt. Der größte Teil der Hetzschriften (95 %) wurde in Straßen, Häusern und Grundstücken abgelegt, dagegen in den Betrieben nur 3 %.

Die sichergestellten Exemplare beinhalteten in 1.925 Fällen Hetze gegen die Volkswahlen und in 570 Fällen Hetze gegen Partei und Regierung und deren Funktionäre. In 168 Fällen wurden Forderungen nach einem »menschlichen Sozialismus« und nach Lohnerhöhung gestellt. 56 Exemplare richteten sich direkt gegen den 1. Sekretär des ZK, Gen. Ulbricht. Alle übrigen Hetzschriften beinhalteten Hetze gegen die SU und die LPG.

Schwerpunkte sind die Bezirke Karl-Marx-Stadt (939), Potsdam (516) und Halle (479), in denen allein 65 % der gesamten selbstgefertigten Hetzschriften verbreitet wurden.

III. Anonyme Hetze und Drohungen durch Briefe und telefonische Anrufe

Eine steigende Tendenz zeigt sich 1958 auch in der Hetze und Drohung mittels anonymer Briefe und Anrufe, wobei diese Feindmethoden sich besonders im II. Halbjahr erheblich verstärkten. Insgesamt wurde 1958 die Versendung von 198 derartig individuell abgefassten Briefen und die Anwendung von 106 Anrufen bekannt; davon allein im II. Halbjahr 138 Briefe und 88 Anrufe, hauptsächlich mit hetzerischem Inhalt. Diese Zahlen müssen jedoch noch als unvollständig angesehen werden, sodass sich die wirklichen Vorkommnisse dieser Art noch wesentlich erhöhen.

In 97 Fällen wurde versucht, Partei- und Staatsfunktionäre und Angehörige der Intelligenz durch Androhung von Tätlichkeiten unsicher zu machen und in 14 Fällen wurde direkt zur Republikflucht aufgefordert.

Schwerpunkte sind die Bezirke Halle (65), Dresden (44), Magdeburg (38), Karl-Marx-Stadt (28) und Leipzig (27). Allein in diesen fünf Bezirken sind 66 % der Delikte erfolgt.

IV. Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien

Auch beim Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien zeigt sich eine ansteigende Tendenz. 1958 wurden 2 304 solcher Schmierereien bekannt. Allein in die Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen und des V. Parteitages fallen die Hälfte dieser Delikte.

Insgesamt sind besonders die faschistischen Schmierereien (Hakenkreuze, SS-Runen, Heil Hitler usw.), die bisher immer um 40 % schwankten, auf 66 % angestiegen. 17 % der Losungen und Schmierereien richten sich gegen Partei und Regierung, 12 % direkt gegen die Volkswahlen, 3 % direkt gegen den Gen. Ulbricht, Hetze gegen Normen und die Seifert-Methode²⁵ (21 Losungen) und drei Aufforderungen zum Streik.

Den größten Anteil haben die Bezirke Karl-Marx-Stadt (15 %), Halle (14 %), Dresden (13 %), Erfurt (12 %) und Berlin (11 %). Die Hetzlosungen wurden zur Hälfte in Betrieben und zur Hälfte in der Öffentlichkeit angeschmiert.

V. Offene hetzerische und verleumderische Äußerungen

Die offene mündliche Hetze ist im Vergleich zu 1957 ebenfalls angestiegen. Es wurden 1 027 derartige Vorkommnisse bekannt und 533 Personen im Zusammenhang mit der Begehung von hetzerischen und staatsverleumderischen Äußerungen von der VP inhaftiert. Im Vergleich zum I. Halbjahr ist die offene Hetze im II. Halbjahr um 37 % angestiegen.

Circa 35 % der betreffenden Personen waren angetrunken und zu 28 % erfolgte die Hetze in Gaststätten. Nur 7 % der Delikte entfallen auf die Betriebe, während die restlichen 65 % auf der Straße und in Verkehrsmitteln erfolgten. Ungefähr die Hälfte aller Täter waren Arbeiter und Bauern und 23 % Jugendliche.

In erster Linie wandte sich die Hetze und Verleumdung gegen die DDR und führende Partei- und Staatsfunktionäre (48 %). Weiter richtete sie sich gegen die NVA und VP (22 %), Volkswahl (6 %), LPG (4 %), SU (3 %), Gen. Ulbricht (2 %). 15 % der bekannt gewordenen Delikte trugen faschistischen Charakter.

Als Schwerpunkte sind hier die Bezirke Berlin (28 %), Magdeburg (27 %) und Potsdam (21 %) zu nennen, die den weitaus größten Teil an diesen Vorkommnissen aufweisen.

VI. Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Plakaten u. a.

Das Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Bildern, Transparenten und Plakaten ist im Vergleich zu 1957 am stärksten angestiegen. Im Berichtszeitraum wurden 9 118 solcher Delikte bekannt.

Diese Art der Feindtätigkeit trat besonders stark während der Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen in einem bisher nicht festgestellten Umfang in Erscheinung. Allein auf diese Zeit (Oktober bis November 1958) entfallen 84 % der gesamten Delikte.

Im Einzelnen wurden 8 191 Plakate und Transparente, 751 Fahnen, 95 Bilder und 81 Wandzeitungen beschädigt bzw. abgerissen. In 183 Fällen wurden Jugendliche als Täter ermittelt und in 50 Fällen Arbeiter. 156 Personen wurden inhaftiert. Schwerpunkte sind die Bezirke Berlin (1 401), Erfurt (1 315), Magdeburg (1 127) und Dresden (1 028).

VII. Tötlichkeiten und Provokationen gegen VP-Angehörige und andere Staats- und Parteifunktionäre

Die Tötlichkeiten gegen VP-Angehörige, SED-Mitglieder, LPG-Vorsitzende und andere Funktionäre oder fortschrittliche Personen sind zurückgegangen, sodass sie mit 507 Fällen nur zwei Drittel der 1957 erfolgten Tötlichkeiten (744) ausmachen. Reine Terrordelikte konnten dabei nach den Berichten der Bezirksverwaltungen nicht ermittelt werden, obwohl die politischen Motive besonders bei Punkt b) offensichtlich sind.

a) Es handelt sich zu 90 % um Tötlichkeiten gegen VP-Angehörige bei deren Dienstausbübung. So gingen z. B. diesen Tötlichkeiten zu 82 % Verkehrsbelehrungen, PA-Kontrollen, Schlichten von Schlägereien und anderes Eingreifen voraus. Typisch ist auch, dass 40 % aller Täter betrunken waren und die Vorkommnisse sich in großer Anzahl in Gaststätten ereigneten. Die Hälfte der Täter waren Jugendliche, 26 % Arbeiter. 376 Personen wurden inhaftiert. Schwerpunkte sind hier die Bezirke Berlin (187), Magdeburg (147) und Potsdam (98).

b) In 34 Fällen richteten sich die Tötlichkeiten gegen SED-Mitglieder, LPG-Angehörige und Volkskammerabgeordnete, die meistens von den Tätern durch provokatorische Äußerungen und Hetze herausgefordert wurden. Als Täter überwiegen Jugendliche; 20 Personen wurden inhaftiert.

Bemerkung:

Die Analyse der Gesamtheit der im Bericht angeführten feindlichen Delikte ergibt, dass die Bezirke Berlin, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Potsdam absolute Schwerpunkte sind, zwischen denen nur ein sehr geringer Unterschied besteht.

Die übrigen Bezirke folgen dann erst mit größerem Abstand.

1

Der V. Parteitag der SED fand vom 10. bis 16.7.1958 unter der Losung »Der Sozialismus siegt« in Berlin statt. Walter Ulbricht verkündete damals die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und gab für die DDR das Ziel aus, »bis 1961 [...] den Pro-Kopf-Verbrauch Westdeutschlands bei den Nahrungsmitteln und den wichtigsten industriellen Konsumgütern zu erreichen und zu übertreffen«. Zit. nach: Weber, Hermann: Geschichte der DDR. 2. Aufl. der akt. u. erw. Neuausg. München 2000, S. 199 f.

2

Gemeint ist die Wahl zur Volkskammer der DDR, die am 16.11.1958 stattfand. Es war die dritte Volkskammerwahl seit Bestehen der DDR.

3

Als Feindzentralen, später als Feindobjekte, wurden vom MfS westliche Institutionen und Organisationen bezeichnet, denen subversive Aktivitäten gegen die DDR und/oder andere kommunistische Staaten unterstellt wurden. Dazu zählten neben westlichen Geheimdiensten auch kirchliche Organisationen, Medien, politische Organisationen wie Parteistiftungen und Ostbüros der Bundestagsparteien, Bildungseinrichtungen und andere.

4

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er-Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

5

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenije Poslewoennyh Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im

November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

6

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

7

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel, galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015; Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

8

Das Ostbüro der CDU wurde 1948 von dem in den Westen geflohenen ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, ins Leben gerufen. Es widmete sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der Ost-CDU, der Informationsbeschaffung und der Einschleusung von Informations- und Propagandamaterial in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

9

Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er-Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext der US-amerikanischen »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

10

Das 1951 unter der Ägide des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gegründete Ostbüro des DGB hatte seinen Sitz in Düsseldorf und Westberlin. Leiter des DGB-Ostbüros war Gerhard Haas, Jg. 1920, Rechtsschutzsekretär des Berliner DGB. Bei seinen propagandistischen Aktivitäten in der DDR, die überwiegend von geflohenen ehemaligen Funktionären des FDGB getragen wurden, firmierte es in dieser Zeit häufig als »Nurgewerkschaftliche Opposition im FDGB«. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse 1953–1956. Berlin 1998, S. 74–76.

11

Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Jg. 1894, sowjetischer Politiker, 1953–64 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, zudem 1958–64 als Vorsitzender des Ministerrats Regierungschef der Sowjetunion.

12

Imre Nagy, Jg. 1896, ungarischer Politiker, 1953 bis zu Amtsenthebung und Parteiausschluss im Jahr 1955 Ministerpräsident, im Zuge des ungarischen Aufstandes 1956 erneut Einsetzung als Ministerpräsident, nach Niederschlagung des Aufstandes Verhaftung und 1958 in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

13

Pál Maléter, Jg. 1917, ungarischer Offizier, schloss sich während des Ungarischen Volksaufstandes 1956 den Aufständischen an und wurde von der neuen Regierung als Verteidigungsminister eingesetzt, Festnahme im November 1956, zusammen mit Imre Nagy zum Tode verurteilt.

14

Auf dem V. Parteitag der SED wurde ein äußerst ambitioniertes Wirtschaftsprogramm beschlossen, dessen Ergebnisse die Überlegenheit des sozialistischen über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen sollten. Das war nur mit einer enormen Produktionssteigerung zu erreichen, was u. a. eine Erhöhung der Arbeitsnormen zur Folge hatte.

15

Walter Ulbricht, Jg. 1893, SED- und Staatsfunktionär, 1950–71 General- bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

16

Viele der von den Ostbüros der SPD, CDU und FDP publizierten Schriften erschienen regelmäßig – wöchentlich oder monatlich – und trugen mitunter im Titel oder Untertitel die Bezeichnung »Monatsschrift« oder »Monatsblatt« (z. B. »Das Deutsche Monatsblatt«, Zeitschrift der Exil-CDU, die auch vom Ostbüro verteilt wurde). Auch Mitteilungsblätter der westdeutschen Bezirksverbände der Parteien wurden in den Osten geschmuggelt und dort verteilt (z. B. die Mitteilungsblätter der Westberliner CDU). Darauf wird hier angespielt. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000, S. 119–129.

17

Das Ostbüro der SPD verbreitete kritische Artikel über den stalinistisch geprägten Kommunismus nicht nur auf Flugblättern, sondern publizierte zwischen 1954 und 1959 die Publikationsreihe »Einheit«. Sie erschien in fast identischer Aufmachung wie die gleichnamige Theoriezeitschrift der SED, aber fast immer mit dem Hinweis auf das SPD-Ostbüro als Herausgeber und nur vereinzelt in Tarnumschlägen, die die wahre Herausgeberschaft verschleierten. Die Zeitschrift erschien im angegebenen Zeitraum mehr als 50 Mal in einer Auflage von etwa 10 000 Exemplaren pro Heft. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2006, S. 123 f.

18

Rosa Luxemburg, Jg. 1871, bedeutende Vertreterin der deutschen Arbeiterbewegung und des Antimilitarismus, Sozialistin und Marxistin, wirkte ab 1887 in der polnischen, ab 1898 in der deutschen Sozialdemokratie, Chefredakteurin der Zeitschrift »Die Rote Fahne«, Mitbegründerin der »Spartakusgruppe«, gründete am 1.1.1919 die KPD mit, nach Niederschlagung des Spartakusaufstandes zusammen mit Karl Liebknecht verhaftet und ermordet.

19

Nachdem sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien während der sowjetischen sogenannten Tauwetterperiode etwas entspannt hatte, verschärfte Moskau nach der Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes 1956 den Druck auf Belgrad wieder. Offenbar befasst sich das genannte Heft mit diesem Konflikt.

20

Die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) wurden mit Gründung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Jahr 1952 eingerichtet und stellten den LPG landwirtschaftliche Geräte zu niedrigsten Konditionen zur Verfügung. Vorgängereinrichtungen waren die 1948 gegründeten Maschinen-Ausleih-Stationen, die aus dem Besitz enteigneter Großgrundbesitzer stammende Traktoren und Erntemaschinen an Klein- und Neubauern ausliehen. Die MTS waren eigenständige volkseigene Produktionsbetriebe. Ihr Maschinenpark wurde ab Anfang der 1960er-Jahre systematisch an die LPG übergeben. Sie wurden in Kreisbetriebe für Landtechnik umbenannt und ihre Aufgaben auf Reparatur und Wartung der Maschinen beschränkt.

21

Erich Mielke, Jg. 1907, SED-Funktionär, 1957–89 Minister für Staatssicherheit der DDR.

22

Am 9.8.1931 erschossen Erich Mielke und sein Komplize Erich Ziemer zwei Polizisten am Berliner Bülowplatz, nachdem am Tag zuvor ein KPD-Sympathisant in einem Handgemenge von der Polizei erschossen worden war.

23

Für das 33. ZK-Plenum, das vom 16. bis 19.10.1957 stattfand, hatte das MfS im Auftrag der SED ein umfangreiches Dossier zusammengestellt, das »partei- und staatsfeindliche Gruppierungen« an Universitäten und Hochschulen, von Künstlern und Literaten gegründete Debattierzirkel und kritische Äußerungen von Schriftstellern, Lektoren und Rundfunkjournalisten, insbesondere die Kritik von Schülern Ernst Blochs, auflistete.

24

Ernst Bloch, Jg. 1885, Philosoph, Marxist, ab 1948 Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Leipzig, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) und angesehener Philosoph in der DDR, seit dem ungarischen Volksaufstand 1956 auf Gegenkurs zum SED-Regime, 1957 zwangsweise Emeritierung und Lehrverbot, 1961 Reise in die Bundesrepublik Deutschland, von der er nicht in die DDR zurückkehrte.

25

Die Seifert-Methode ist eine nach Erich Seifert benannte Arbeitsmethode im sozialistischen Wettbewerb, »die zur Rationalisierung und Durchsetzung höherer Arbeitsnormen diente«. Sie »wurde auf dem V. SED-Parteitag (10.–16.7.1958) bekannt gemacht und anschließend vom FDGB massenwirksam popularisiert« und bedeutete, »nach Möglichkeiten zur Verbesserung der persönlichen wie der betrieblichen Arbeitsorganisation, also nach Rationalisierung der Arbeitsprozesse, zu suchen«. Konsequenterweise angewandt, bewirkte sie »eine Reduzierung der normierten Fertigungszeiten«, sodass die Arbeitsproduktivität steigen konnte, »bei Störungen der Arbeitsorganisation aber auch Lohninbußen hingenommen werden mussten, weil Ausfallzeiten nur im Durchschnitts- und nicht im Leistungslohn bezahlt wurden«. Vgl. Sattler, Friederike: Seifert-Methode. In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/FDGB-Lexikon> (letzter Abruf: 12.4.2022).

